

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Zarif.
Kleinanzeigen bis 100 W.
3 Uhr, Sonntags von
Mittwoch 20 W. bis
11 Uhr 10 W. Die
einmalige Zeile (eins
8 Zeilen) 30 W. Die
zweimalige Zeile 40 W., die
dreimalige 50 W., die
vierteljährliche 1,50 W., Familien-
Nachrichten aus Dres-
den die einpol. Zeile
25 W. — In Aus-
wärtigen Ländern und
Fremdsprachen erhöhte
Tafel. — Zusätzliche
Nachrichten nur gegen
Vorauszahlung.
Jeden Samstag 10 Pf.

Bezugs-Verfahren
Für Dresden
bei täglich zwei-
maliger Ausgabe (an
Son- und Feiertagen
nur einmal) 2,50 W.
Für auswärtige Be-
zugsstellen bis 3,20 W.
Bei einmaliger Aus-
gabe durch die Post
3,50 W. (ohne Porto).
Für die Post: Ein-
mal monatlich 5,40 W.,
vierteljährlich 15,60 W.,
halbjährlich 30,00 W.,
jährlich 57,00 W.
Zusätzlich nur mit
bestimmter Zusendung
angabe 1,00 W. (un-
verändert) monatliche
Post- und Porto-
gebühren.

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telefonanschlüsse: 25 241
Nachmittagsdruck: 20 011.

Diana-Bad Irisch-röm. Bad. Bürgerwiese 22
Einzige Anlage dieser Art, gleichmäßig ausstrahlende Wärme ohne Heizkörper, daher das empfehlenswerteste Schwitzbad.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Rabenauer **Sitzmöbel** Musterlager
Dresden-A., 3 Amalienstraße 3
Stühle und Sessel jeder Art.
Klubsessel — Korbmöbel aus Peddigrohr.

Verlangen Sie überall nur
Radeberger Pilsner
aus der
Radeberger Exportbierbrauerei.

Tischler- und Polster- **J.A. Bruno König**
Illustr. Katalog bitte verlangen
Dresden-N., Kamener Str. 27 Gegründet 1862.
Dresden-A., Amalienplatz und Ringstrasse.

Friedr. Greiff & Sohn **Tuchhandlung** **Grosses Lager in besten deutschen und englischen Qualitäten für Anzüge, Paletots und Hosen in allen modernen Farben. Erprobte Qualitäten in blauen Kinder-Cheviots. Damen-Kostümstoffe.**
Georgplatz 9, gegenüber der Kreuzschule

Für eilige Leser am Sonnabend morgen.

Die Zweite Kammer erledigte gestern eine größere Anzahl Eisenbahnangelegenheiten.
Die diesjährige Versammlung des Sächsischen Gemeindetages wird am 11. und 12. September in Chemnitz stattfinden.
Im Reichstage beantwortete gestern der vormalige Kriegswirtschaftler v. Falkenhayn die Duellinterpellation des Zentrums.
Von der Gründung einer Deutschen Gesellschaft für Welthandel ist abgesehen worden.
Die bayerische Regierung fordert den Bau einer dritten staatlichen Gemäldegalerie in München mit einem Aufwande von 2 1/2 Millionen Mark.
Der österreichische Thronfolger wird im Auftrage des Kaisers Franz Joseph den Antrittsbesuch des bayerischen Königspaares Mitte April in München erwidern.
In der gestrigen Sitzung des bayerischen Abgeordnetenhauses, auf deren Tagesordnung die neue Schulpflicht stand, lehnten die Tischen ihre Diskussion fort.
Die französische Kammer nahm sämtliche Artikel des Cobdengebiets und das Gesetz selbst in der Gesamt- abstimmung mit 115 gegen 105 Stimmen an.
Die griechischen Truppen erhielten den Befehl, die unterbrochene Räumung von Epirus fortzusetzen.
Im Mittelmeer herrscht ein schwerer Sturm, durch den 17 Schiffe strandeten; 200 Menschen wurden gerettet, doch dürfte die Zahl der Toten trotzdem groß sein.
Der südafrikanische Senat nahm die Indemnitätsbill in zweiter Lesung an.
Weiteranlage der amtl. fäsi. Landesweiterwarte: Beckwände, wechselnde Bewölkung, kühl, kein erheblicher Niederschlag.

Fortschrittler und Nationalliberale.

In demselben Maße, wie es mit der Sammlungs- politik zwischen den rechtsstehenden Parteien und den Nationalliberalen vorwärts geht, werden die Herren von der „unentwegten“ radikalen Opposition unzufrieden. Das Wort dieser Erscheinung kann keinem Einsichtigen zweifelhaft sein. Den radikalen Gruppen, die im heutigen Fortschritt vereint sind, ist es keineswegs um die Anerkennung des Nationalliberalismus als selbständiger ausgleichender Mittelpartei sowohl nach rechts wie nach links hin zu tun. Sie wollen vielmehr mit Hilfe des linksliberalen Flügels der Nationalliberalen die Partei in ihrer Gesamtheit allmählich radikalisieren, um auf diesem Wege ihr „Ideal“, die „große einheitliche liberale Partei“, zu verwirklichen. Von der Erreichung dieser Absicht aber sind sie um so ferner, je zielbewusster die nationalliberale Partei an den alten bewährten Traditionen Bennisens festhält, die ihr allein ein weiteres nennenswertes Wirken im wahrhaft nationalen und parteipolitisch vermittelnden Sinne gewährleisten können.
Kein Wunder also, wenn die Fortschrittler an- sichts des immer mehr anwachsenden Widerstandes, der sich in führenden nationalliberalen Kreisen gegen jede fernere Beugung der Großblockpolitik geltend macht, steigendes Unbehagen empfinden. Der Sozialdemokratie gegenüber hat es ja der Nationalliberalismus im allgemeinen überhaupt nicht an der gebotenen Abwehrenalage gegen diejenigen fortschrittlichen Kreise vermisst, die sich noch immer nicht von der Verbrüderung mit der Umsturzpartei lösen können, teils weil sie selbst bereits mit einem Fuße im sozialdemokratischen Lager stehen, teils weil sie mit doktrinären Schenkungen be- lastet sind, die bei ihnen das Aufbäumen der Einsicht von der Verkehrtheit des Satzes, daß der in erster Linie zu bekämpfende Feind auf der rechten Seite liege, ver- hindern. Jetzt endlich scheint sich in nationalliberalen Kreisen auch dem sozialistenfreundlichen Fortschritt gegen- über eine Bewegung anzubahnen, die eine deutliche Grenz- linie zwischen beiden Parteien ziehen will. Als Symptom für die Stärke dieser Strömung ist ein Artikel bemerkens- wert, den das offizielle fortschrittliche Parteiorgan ver- öffentlicht, und der auf den Ton der Klage über Vermeid- über die fortwährenden „unerfreulichen Reibungen“ zwischen Fortschrittler und Nationalliberalen gerichtet ist.
Die Auslassungen des fortschrittlichen Organs sind, wenn man sie vom nationalen und staatsbehaltenden Stand- punkte aus betrachtet, von Anfang bis zu Ende ein Kom- pliment für die ordnungs- und mäßigparteiliche Einsicht der ausgegriffenen nationalliberalen Führer und Parlamen-

tariet. Das radikale Blatt beschwert sich darüber, daß die früher nur von altliberaler Seite ausgegangenen Angriffe gegen den Fortschritt nunmehr auch noch von solchen Natio- nalliberalen ausgeführt würden, die als Altliberale nicht angesprochen werden könnten. Es sei nicht zu leugnen, daß bei den Nationalliberalen augenblicklich eine „scharfe An- moosung“ gegen die fortschrittliche Volkspartei vorhanden sei, und es erweise sich „durchaus zeitgemäß“, darauf so- wie auf die möglichen Folgen „mit allem Ernst“ hinzu- weisen. Sehr bezeichnend und ungemein pikant sind zum Teil die Einzelheiten, womit das fortschrittliche Parteiblatt seine Klagen begründet. So hat der nationalliberale Ab- geordnete Fuhrmann in der Rede, worin er für den Schutz der Arbeitswilligen eintrat, den Fortschrittler vor- gehalten, daß sie zu starke Nachgiebigkeit gegenüber den Klassen bewiesen, daß das Bewußtsein der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie bei ihnen im Schwänden begriffen sei, und daß daher die Grenzlinien zwischen gemäßigtem Liberalismus und Sozialdemokratie gerade heutigen Tages mit aller Schärfe gezogen werden müßten. Etwas besonders Furchtbares hat sich der Abgeordnete Dr. Böttger aus- sprochen, nämlich in höchst läss- licher Weise erklärt, daß wir einen Einfluß Fremder, „Solizier“ und anderer in unserer Politik nicht wünschten. Weiter hat der bereits genannte Abgeordnete Fuhrmann bei einer anderen Gelegenheit dem Fortschritt wegen seines Zu- sammengehens mit der Sozialdemokratie unverbüßte „Ver- rat am Bürgerium“ vorgeworfen, und endlich wird die Ausherrschung des Abgeordneten Dr. Böhmke fest- genagelt, daß der — liberale — Bauernbund eine Unter- stützung der Fortschrittler bei den Reichstagswahlen ab- lehnen müsse, solange in ihrem Programm die allmähliche Herabsetzung der Schutzölle stehe, und solange im Parla- ment niemals die Freunde des gegenwärtig bestehenden Schutzollens in der fortschrittlichen Volkspartei zum Wort kämen, sondern stets nur diejenigen Abgeordneten, die ent- sprechend dem Parteiprogramm den Abbau der Ölle ver- langten.
Dem fortschrittlichen Organ wird es offenbar bei der Aufzählung des langen nationalliberalen Sündenregisters ganz wie bei im Kopfe; denn es weis schließlich nicht mehr aus noch ein und meint, man frage sich vergebens noch dem Zweck eines solchen „groben Auftretens“ gegen den „ent- schiedenen Liberalismus“. Nun, für nichtradikale Geister ist der Zweck sehr klar und durchsichtig. Die einsicht- lichen Nationalliberalen sind einfach klug genug, die bei ihrer Wählerschaft vorhandene Kampfes- Stimmung gegenüber der Sozialdemokratie richtig einzuschätzen, und sie wollen es daher verhängiger- weise nicht riskieren, daß gut liberale Wähler in großer Menge sich von ihnen abwenden, wenn sie, wie bisher, davor zurückschrecken, das Trisbuch zwischen der national- liberalen Partei und dem als Schildhalter der Umsturz- partei sich gebärdenden Fortschritt zu zerhacken. Im Interesse einer reinlichen Scheidung der Geister, die zur Klärung der innerpolitischen Lage im Sinne einer entschiedenen ordnungsparteilichen Frontstellung gegenüber der Sozialdemokratie erforderlich ist, sowie zum eigenen Vorteil des gemäßigten Liberalismus, der auf solche Weise einer radikalen Zerlegung seines inneren Kerns wirksam vorbeugt, ist die entschlossene Schenkung des National- liberalismus gegenüber dem Fortschritt mit der gleichen Genußnahme zu begründen, wie die sammlungspolitische An- näherung an die rechtsstehenden Parteien. Es bleibt nur zu wünschen, daß die energische Haltung gegenüber dem Fortschritt auch konsequent durchgeführt wird, solange die Fortschrittliche Volkspartei sich nicht offiziell von der Ver- bindung mit der Sozialdemokratie abwendet. Ob und wann der Augenblick, wo sich der Fortschritt förmlich von der Umsturzpartei löst und in diesem Punkt zu der Unbeugsamkeit des Abgeordneten Eugen Richter zurück- kehrt, eintreten wird, muß die Zukunft lehren.
Symptome dafür, daß auch in fortschrittlichen Wählerkreisen die Erkenntnis der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie sich Bahn bricht und den Willen zu ihrer gemeinsamen bürgerlichen Bekämpfung anläßt, sind unverkennbar vorhanden. Bei den zahlreichen Reichstagswahlen der letzten beiden Jahre ist es wiederholt, zuletzt in besonders markanter Weise in Jertchow, gekommen, daß die Wähler der Berliner Parteizentrale zum Trotz mit klatternden Fahnen in das staatsbehaltende Lager übergegangen sind; auch bei den Kommunalwahlen in verschiedenen deutschen Bundesstaaten haben sich mehrfach die Fortschrittler mit den übrigen

bürgerlichen Parteien zusammengeschlossen und sich an der Zurückdrängung der Umsturzpartei tatkräftig und erfolg- reich beteiligt. Wenn es gelänge, diese Stimmung inner- halb der gesamten Fortschrittspartei vorherrschend zu machen, so wäre das ohne Zweifel ein nicht zu unter- schätzender Gewinn für die nationale und staatsbehaltende Sache im allgemeinen, und die Fortschrittspartei würde dann für die übrigen bürgerlichen Parteien wieder die zu- verlässliche Bündnisfähigkeit gegenüber der Sozialdemokratie erhalten, die ihr jetzt verloren gegangen ist. In ähnlichem Sinne hat sich auch der nationalliberale Abgeordnete Fuhr- mann ausgesprochen, indem er seiner Kritik an dem Ver- halten des Fortschritts die Versicherung hinzufügte, die Nationalliberalen würden es freudig begrüßen, wenn sie die fortschrittliche Volkspartei dadurch wieder an ihre Seite bekommen könnten, daß sie das gemeinsame bürgerliche Ge- fühl von der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie wieder in sich lebendig machte. Aus alledem müßte der Fortschritt, wenn er die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstände, die Lehre ziehen, daß er an einem Wendepunkte seines Ent- schickes steht. Es bleibt ihm tatsächlich nur die Wahl, ent- weder sich ehrlich und entschlossen von der Sozialdemokratie abzuwenden oder sich allmählich ganz von ihr aufzureden zu lassen.

Drahtmeldungen vom 13. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf die Anfrage des Ab- g. Kopke (Rp.) erklärt Ministerialdirektor Caspar: Bei der Frage, wie weit Kinder, die in der Wirtschaft ihrer Eltern beschäftigt sind, Krankenversicherungspflichtig sind, kommt es darauf an, ob die Kinder für ihre Dienstleistungen Entgelt erhalten oder ob sie lediglich ihren Unterhalt auf Grund der gesetzlichen Unterhaltungsverpflichtung beziehen. Wenn Woh- nung, Nahrung und Kleidung als Vergütung für die Ar- beit gewährt werden, sind sie als Entgelt anzusehen. Wenn das zutrifft, läßt sich nur im Einzelfalle unter Berücksich- tigung der tatsächlichen Verhältnisse entscheiden. Darüber befindet die zuständige Versicherungsbehörde. — Dann be- gründet Abg. Gröber die Duellinterpellation des Zentrums.
Es handelt sich um den Zweikampf, der am 26. Februar zwischen den Leutnants des 98. Infanterie-Regiments in Reg. Kavallerie St. George und Haage, unter schwersten Be- dingungen ausgetragen und bei dem der letztere getötet wurde. Die Interpellanten fragen, ob der Reichskanzler die Behandlung des Falles durch den Ehrenrat mit dem Gesetze für vereinbar hält und welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um dem Zweikampf im Heere wirksam entgegenzutreten. Abg. Gröber führt aus: Wenn eine staatliche Behörde erfährt, daß ein Verbrechen beabsichtigt ist, so ist sie rechtlich verpflichtet, das Verbrechen zu verhindern (Lebhafter Beifall im Zentrum), auch die Militärbehörden, wenn sie amtlich er- fahren, daß Offiziere das Verbrechen des Zweikampfes ver- wahren wollen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Am frage zuerst, was haben in diesem Falle die Militärbehörden, Kommandant und Ehrenrat, getan, um das geplante Ver- brechen zu verhindern? Der Ehrenrat ist angewiesen, einen gütlichen Anschlag herbeizuführen, soweit es die Standes- ehre irgendwie gestattet. Eine Auffklärung des Sachver- halts war hier um so mehr geboten, als die Beteiligten weitestgehend verschiedene Behauptungen aufstellten. Vielleicht konnte manches in milderem Maße erscheinen. Ich frage jetzt weiter, welche Ermittlungen hat der Kommandeur von dem Ehrenrat anstellen lassen? Sind Zeugen oder sonstige Personen vernommen? Sind die Gegebenheiten gegen- übergestellt worden? Warum sind die Ermittlungen nicht noch am folgenden Tage weitergeführt worden? Dadurch wäre ein wertvoller Tag gewonnen worden. Nach dem Komment ist ein Duell innerhalb 48 Stunden anzutragen. In Reg. ist schon nach zehn Stunden der Sauf gefallen. Warum diese Überbürdung? Der Zweikampf wurde bis zum Spruche des Ehrengerichts verhandelt worden. Nach des Kaisers Wort: Wer imstande ist, die Ehre eines Kameraden frevelhaft zu verletzen, den werde ich in meinem Heere nicht dulden, hätte Kavallerie gezwungen werden müssen, aus dem Heere auszuscheiden. In dem Buche eines höheren Offiziers über die Duellregeln heißt es: Der Ehrenrat müßte auch zu leichten Bedingungen ablehnen, da- mit der Zweikampf nicht in eine Spielerei ausartet. (Hört, hört!) Der Zeuge des Ehrengerichts hat dafür zu sorgen, daß der eine Gegner den anderen nicht offensichtlich mont, son- dern hat er ihm eine eindringliche Warnung zu erteilen. Weist er die Warnung ohne Erfolg, so hat er den Zweikampf zu verweigern. Denn wiederholtes Schießen ohne zu zielen, ist gleichzuachten einer Verweigerung der Genußnahme und darum chlos. (Lebhaftes Hört, hört!) Dem Wendbar, der auf den Kampfplatz kommt, ist mitzuteilen: Das Duell ist dienlich gemeldet und insulgebehen berechtigt. (Hört, hört!) Bleibt der Wendbar dennoch, so ist ein anderer Kampfplatz aufzusuchen. Wir vermissen eine Statistik über die Duelle, besonders über solche, die im Beurlobenstande vor-